

Stellungnahme von der ProDG-Fraktion/Petra Schmitz
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Plenum vom 20. Februar 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Zustimmung zu dem Übereinkommen von Paris (Pariser Klimaschutzkonferenz)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
werte Kolleginnen und Kollegen,

im Dezember 2015 rangen Vertreter von fast 200 Ländern zwei Wochen lang auf der 21. Weltklimakonferenz in Paris um den so dringend benötigten Nachfolger des Kyoto-Protokolls, das 2020 ausläuft.

Anders als beim Vorläufer wurde diesmal eine internationale Klimaschutzvereinbarung gesucht, der möglichst viele Staaten zustimmen und die diese dennoch zu ehrgeizigen Klimaschutzmaßnahmen bewegt.

Beschluss und Unterzeichnung des Vertrages in Paris waren aber nur die halbe Miete.

Damit das Klima-Abkommen tatsächliche Wirkung zeigen kann, war anschließend noch eine selbstaufgelegte Hürde zu nehmen: Von den 197 Nationen, die der Weltklimakonferenz angehören, mussten mindestens 55 Länder, die zugleich für mindestens 55 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind, den Weltklimavertrag im eigenen Parlament ratifizieren.

Inzwischen haben 123 Länder das Übereinkommen ratifiziert, die für 80,43 % der weltweiten Emissionen verantwortlich sind.

In Belgien haben bisher das Wallonische Parlament, das Flämische Parlament und die föderale Abgeordnetenversammlung das Übereinkommen ratifiziert.

Belgien gehört damit zu den letzten sechs EU-Mitgliedsstaaten, die noch nicht ratifiziert haben.

Der Staatsrat hat entschieden, dass das Übereinkommen nicht nur in den Zuständigkeiten der Föderalbehörde und Regionen fällt, sondern dass auch die Gemeinschaften zuständig sind.

Aus diesem Grund stimmen auch wir heute über das Abkommen ab.

Ein großes Ziel des Übereinkommens ist es, die menschengemachte Erwärmung der Erde auf deutlich unter 2 °C des vorindustriellen Niveaus zu begrenzen.

Bereits heute hat die festgestellte Durchschnittstemperatur beträchtliche Auswirkungen sowohl auf die Ökosysteme als auch auf die Landwirtschaft, die Nahrungsmittelproduktion und das Wetter.

Das Bekenntnis zu diesem Ziel zieht eine Reihe von Konsequenzen nach sich: So wird die Wirtschaft sich umstellen müssen und von den teilnehmenden Ländern wird eine Vielzahl von Maßnahmen erwartet.

Zu weiteren wichtigen Elementen des Übereinkommens gehörten langfristige Ziele wie ein Fünf-Jahres-Zyklus zur Verschärfung der Klimaziele, die drastische Minderung der Emission von Treibhausgasen, die Anpassung an die Auswirkungen der Erderwärmung, die Finanzierung dieser Ziele (einschließlich Finanztransfers zwischen einzelnen Ländern) sowie die Transparenz der ergriffenen Maßnahmen (Berichterstattung und Überwachung der Fortschritte in den Teilnehmerländern).

Während jedoch beispielsweise das Kyoto-Protokoll Sanktionierungen der Länder vorgesehen hat, die die Grenzwerte bei den Emissionen nicht einhielten, erlaubt der Überwachungsmechanismus im Pariser Übereinkommen lediglich eine Unterstützung und diplomatischen Druck durch andere, ehrgeizigere Länder.

Aus diesem Grund ist es in den Augen der Europäischen Union auch nicht ausreichend.

Da aber die Ergebnisse der Klimapolitik öffentlich vorgestellt werden, hat auch die Öffentlichkeit die Möglichkeit, Druck auszuüben.

Das Übereinkommen kann also durchaus funktionieren, sofern der politische Wille vorhanden ist.

Auch die Deutschsprachige Gemeinschaft soll und muss ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten, nach dem Leitsatz „Global denken, lokal handeln“.

Die ProDG-Fraktion fordert daher, dass die Regierung

- konsequent an der Umsetzung des Vorhabens, aus der DG eine Modellregion in Sachen Klimaschutz zu machen, arbeitet
- Passivhausstandard bei Neubauten und Niedrigenergiestandard bei Renovierungen von Gebäuden angestrebt wird
- der Leitfaden für nachhaltiges Bauen eingehalten wird, damit alle, die von der DG Zuschüsse für Infrastrukturvorhaben erhalten, die denkbar niedrigsten Energiestandards einhalten
- gezielt Energiesparmaßnahmen bezuschusst werden (z.B. Isolierung von Fenstern, Heizungssteuerung, alternative Energiequellen, usw.), in Vereinslokalen, sozialen Einrichtungen, Schulen und Kirchen
- die Aufklärung über die Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung und Umwelt- sowie Klimaschutz vorangetrieben wird
- weiterhin Energieeffizienz und Energiesparen in den Fokus ihres politischen Handelns setzt

So begrüßen wir, dass die Sensibilisierung für den Umwelt- sowie Klimaschutz fest in den Rahmenplänen im Unterrichtswesen verankert ist.

Letzten Endes kommt es aber auch darauf an, dass ein jeder von uns seinen persönlichen Beitrag zum Umwelt, bzw. Klimaschutz leistet. Der Beitrag jedes Einzelnen gegen den Klimawandel scheint klein, summiert sich aber bei vielen Millionen Menschen zu großen Summen.

Die ProDG-Fraktion möchte hierzu ihren Beitrag leisten und wird dem Übereinkommen zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Petra Schmitz
ProDG-Fraktion